

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Amerika und Hindenburg.

Der drohende Kreditboykott.

London, 23. April. (MIB.) Der New Yorker Bericht-erstatler der „Westminster Gazette“ erzählt von zuverlässiger Seite, daß der amerikanische Bankierverband dem Außenminister Dr. Stresemann telegraphisch mitgeteilt habe, der Bankierverband sei der Ansicht, alle Kredite an Deutschland würden eingestellt, wenn Hindenburg gewählt würde.

MIB. bemerkt dazu: Wie wir auf Anfrage an zuständiger Stelle erfahren, ist ein solches Telegramm hier nicht eingegangen.

Die Hugenbergpresse versucht mit allen Mitteln den ver-herrenden Eindruck zu verwischen, den die zahllosen übereinstimmenden Meldungen aus dem Auslande, vor allem aus Amerika, über die Kreditfolgen einer Wahl Hindenburgs auf die führenden Kreise der Wirtschaft gemacht haben. Die Arbeiterschaft hat ein um so größeres Interesse an dem Aus-gang dieses Konfliktes, als bekanntlich der Mangel an Be-triebskapital die Beschäftigung der deutschen Wirtschaft geradezu entscheidend beeinflusst und was selbst der deutschnationalen Minister Neuhaus kürzlich im Reichshaushaltungsbericht erklärt hat, daß Deutschland vom Zu-strom ausländischer Kredite abhängig sei.

Das weiß natürlich die reaktionäre Presse und deshalb ist sie peinlich bemüht, die katastrophalen Nachrichten aus dem Ausland zu verschweigen oder gar umzulügen. Tatsache ist, daß die offizielle amerikanische Bankenvereinigung mit einem Gutachten beauftragt worden ist, das sich mit der Frage der deutschen Kredite befassen soll. Dieses Gut-achten liegt fertig vor und wird von amerikanischer Seite nur deshalb nicht veröffentlicht, weil die amerikanischen Bankiers der deutschen Regierung dies vorbehalten wollen. Sein In-halt geht aus der oben veröffentlichten Depesche der Londoner „Westminster Gazette“ hervor; er besagt nichts anderes, als daß die Kreditbereitschaft der ameri-kanischen Hochfinanz bei einer Wahl Hindenburgs voll-kommen aufhören würde.

Wenn nun die amerikanische Regierung ihrerseits durch den Staatssekretär Kellogg eine Mitteilung veröffentlicht, wonach sie als Regierung keinen Eingriff in die deutsche Präsidentschaftswahl versuchen wolle und insbesondere nicht Deutschland mit dem Finanzboykott bedrohen wolle, so ist das weiter nichts als eine Selbstverständlichkeit. Mit der Tatsache, daß die verantwortlichen Bankiers des internationalen Geldmarktes sich überaus pessimis-tisch zu der etwaigen Wahl Hindenburgs äußern und aus auch ihre geschäftlichen Konsequenzen zu ziehen bereit sind, steht das keineswegs in Widerspruch. Es ist schon so, wie u. a. die Deutsche Bank in ihren Mitteilungen festgestellt hat, daß die Zuspitzung des Präsidentschaftswahlkampfes die Kredit-operations der deutschen Wirtschaft im Auslande auf das empfindlichste gestört hat. Den Reichsblock trifft die volle Schuld, wenn etwa mit einer Wahl Hindenburgs das Recht des deutschen Volkes auf Brot und Arbeit infolge internatio-naler Komplikationen beeinträchtigt werden sollte.

Die Arbeiterschaft aber und mit ihr alle, die in politischer Tölpelhaftigkeit das Schicksal der deutschen Wirtschaft nicht auf ein verwegenes Spiel setzen wollen, hat ein starkes Interesse, es gar nicht bis dahin kommen zu lassen. Alle Stimmen müssen und werden für den

republikanischen Kandidaten Wilhelm Marx mobil ge-macht werden, um das drohende Unheil zu verhüten.

Zu allen Hauptstädten dieselbe Stimmung.

Ein in Finanzkreisen sehr angesehener Inhaber eines ersten Ber-liner Bankhauses hat dem „Berliner Tageblatt“ ein Schreiben über-mittelt, das folgende Mitteilungen enthält:

„Eine mir nahestehende Schweizer Bank, welche des öfteren Kredite nach Deutschland gegeben hat, antwortete mir auf meine telephonische Anfrage, in der ich ihr die Hergabe eines Kredites an eine bekannte deutsche Industrie-firma vorschlug, daß sie infolge der Kandidatur Hindenburgs und damit der Möglichkeit von ausländischen Kreditrückstellungen ihre Engagements mit Deutschland zurzeit nicht erhöhen möchte.“

Ein Wiener Bankier, der mich gestern auf der Rückreise von London besuchte, teilte mir mit, daß sowohl auf dem letztgenannten Wege als in Amsterdam die Ansicht vorherrsche, daß eine Wahl Hindenburgs ernsthaft nicht in Frage käme, würde sie trogdem wider Erwarten zur Tat werden, sei man sich an beiden Plätzen darüber klar, daß man seinen Besitz an deutschen Werten ab-stoßen müsse.“

Ähnliche Schreiben liegen uns aus New York und anderen Städten vor. Es ist jedenfalls ein aufgelegter Schwindel, wenn die Rechtspresse behauptet, daß die Kandidatur Hindenburgs ohne jeden Einfluß und ohne Rückwirkungen auf die deutsche Wirtschaftspolitik geblieben ist. Wam gedenkt übrigens Herr Strese-mann das schon vor fast acht Tagen bei dem amerikanischen Bot-schafter angeforderte Telegramm über die Wirkungen der Kandidatur Hindenburgs zu veröffentlichen?

Enthüllte Lügen.

Botischer Malhan und Hindenburg.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ brachte die sensationelle Meldung, Botischer Malhan habe im Deutschen Klub in New York eine Lobrede auf Hindenburg gehalten, der nicht nur hunderte deutschamerikanischer Kaufleute sondern auch der amerikanische General Allen applaudiert habe, wie überhaupt die meisten amerikanischen Blätter der Kandidatur Hindenburgs sympathisch gegenüberstünden.

Der New Yorker Berichtserstatler der „Wolff. Ztg.“ bezeichnet nun-mehr auf Anfrage diese Meldung als vom Anfang bis zum Ende falsch. General Allen habe an der erwähnten Veranstaltung überhaupt nicht teilgenommen. Er hatte eine Einladung ab-gelehnt. Auch die Rede Malhans sei falsch wieder gegeben worden. Er habe sich gehütet, in die innere Politik Deutschlands einzugreifen und habe sich — augenscheinlich einer Weisung aus Berlin folgend — lediglich darauf beschränkt, den erwarteten schlimmen Folgen einer eventuellen Präsidentschaft Hindenburgs durch die Bemerkung vorzubeugen, die Politik Deutschlands werde sich auch in diesem Fall nicht ändern können. Im übrigen sei es Tatsache, daß die gesamte Presse die Kandidatur Hindenburgs verdamme und der Entwicklung mit schwerer Sorge folge.

Die Geschichte der „Hindenburg-Rede“ Malhans ist ein neuer Beweis für die Gewissenlosigkeit, mit der die Rechtspresse die Deffinitivität über die Gefahren der Kandidatur Hindenburgs hinwegtäuscht. Sie ist zu gleicher Zeit ein weiterer Beweis dafür, mit welcher Beunruhigung das Auswärtige Amt und die auswärtigen Vertreter des Reichs den von den Deutschnationalen erprehten Hindenburgkurs verfolgen.

Verhaftung bulgarischer Studenten in Berlin.

Vor einigen Tagen sind in Berlin eine Anzahl bulgarischer Studenten und Studentinnen verhaftet worden. Anlässlich dieser Verhaftungen schreibt uns der „Vorstand des Bundes der bulgarischen Volksstudentenschaften im Aus-lande“, der Vereine aus allen oppositionellen Kreisen Bulgariens umfaßt, folgendes:

„Die Studentenverhaftungen und Verfolgungen in Berlin sind nicht anders zu bewerten, als ein Verstoß bestimmter bulgarischer Kreise Deutschlands, alle der bulgarischen Regierung nicht genehmen Leute lahm zu legen.“

Diesem Verleumdungen hat man im Polizeipräsidium leider Glauben geschenkt und hat Verhaftungen ohne Grund vorgenommen.“

Die 35 verhafteten Studenten und Studen-tinnen sitzen seit Sonnabend, den 18. April im Gefängnis. Das Polizeipräsidium verweigert uns jede Auskunft über die Gründe der Verhaftung.

Alle Nachrichten über angebliche „kommunistische Sitzungen“ der Verhafteten sind unwahr und von bestimmten Kreisen aus tendenziösen Gründen verbreitet.“

Zum Schluß appelliert der Bundesvorstand an die deutsche Öffentlichkeit, die Freilassung der verhafteten Studenten und Studentinnen zu verlangen. Das Polizeipräsidium wird sich zu dieser skandalösen Angelegenheit äußern müssen.

Spannung zwischen Bulgarien und Jugoslawien.

Frankfurt a. M., 23. April. (MIB.) Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Belgrad berichtet, verlautet dort, daß die serbische Regierung wegen der von Bulgarien gegen Südslawien erhobenen Verdächtigungen von der bulgarischen Regierung Genugtuung for-dern wird. Falls der Minister des Innern, Rusow, seine An-schuldigungen nicht zurückzieht, dürfte Südslawien die diplomatischen Beziehungen zu Bulgarien abbrechen.

Die Komödie von Hannover.

Englische Urteile.

E. W. London, 21. April.

Das Interesse für den Endkampf um die deutsche Reichs-präsidentschaft ist hier ungewöhnlich stark. Die Berichte aus Deutschland haben in den Blättern ungewöhnliche Längen an-genommen und selbst Zeitungen, wie „Daily Chronicle“ und „Daily News“, die am allgemeinen nicht viel Platz auf inner-deutsche Vorgänge zu verschwenden pflegen, haben sich dem allgemein empfundenen Bedürfnis nach deutschen Nachrichten angepaßt. So ist es begreiflich, daß die Vorgänge in Hannover größte Beachtung finden. Allerdings! Die Art der Beachtung dürfte nicht ganz dem Geschmack der Hindenburg-Regisseure entsprechen. Die Zeitungen bringen, beinahe über-einstimmend, den Bericht aus Hannover nicht unter einer politischen Ueberschrift, sondern unter einer Ueberschrift, die wörtlich übersetzt etwa Gänsemarsch vor Hindenburg lautet. Für den Engländer, der trotz einer Millionenarbeitslosigkeit nicht genug Soldaten für seine Armee finden kann, ist es psychologisch einfach unbegreiflich, wie Zivilpersonen mit ge-schulterten Stößen mitten im Frieden vor einem Ex-General mit Ex-Orden, Ex-Uniform vorübermarschieren können, und er nimmt den Bericht aus Hannover etwa so, wie eine Meldung aus Nigeria entgegen; mit der gleichen Mischung aus Neugierde und heimlicher Berachtung. Folgendermaßen kommentiert die liberale „Daily News“ in ihrem Leitartikel den Vorgang:

„Feldmarschall von Hindenburg ist in die politische Arena unter dem Tusch von Spielzeugtrompeten eingezogen. Die Berichte von der Truppenparade über die Heerscharen, die an seiner Villa in Hannover vorübergezogen sind, lesen sich eher wie die Geschichte von einem soldatenspielenden Kinde als wie eine Meldung über eine ernsthafteste Wahlkampagne. In seiner Feldmarschalls-uniform, geschmückt mit dem Eisernen Kreuz, stand der alte Mann auf der Höhe seines Hauses, während zweitausend Mitglieder monarchistischer Organisationen an ihm vorüberzogen. Nachher be-schuldigte er sich selbst dazu, daß er insstande gewesen wäre, dort zwei Stunden zu sitzen und erklärte, daß er überhaupt kein alter Mann sei. Alle diese Vorformnisse beim letzten Feldzug eines alten Mannes sind durch eine merkwürdige Mischung von Pathos und Lächerlichkeit gekennzeichnet. Die Gefahr bei jedem derartigen Versuch, die Würde des Alters auszunutzen, liegt darin, daß bei eben diesem Vorgang die Würde des Alters zum Teufel geht.“

Man sieht, wenn das zweistündige Salutieren des Feld-marschalls auf den Stufen seiner Villa außerpolitische Wir-kungen erzielen, die ungebrochene Rüstigkeit des Greises er-weisen und so das Ausland davon überzeugen sollte, daß hier ein Mann in der Bollkraft seiner Jahre zur Präsidentschaft kämpfe, so sind die erwünschten Wirkungen nicht erzielt wor-den. Mag sein, daß es in Deutschland Leute gibt, die darin einen Beweis für Hindenburgs Eignung zum Reichspräsidenten sehen, im Ausland, insbesondere im angelsächsischen, wird man niemand davon überzeugen können, daß das Abnehmen einer Parade und die Tauglichkeit zum höchsten politischen Posten Deutschlands in einem inneren unglücklichen Zusammen-hang stehen. Aber auch die Hindenburg-Anekdotchen, die Sekretäre und andere dem Feldmarschall nahestehende Per-sonen den Vertretern der Auslandspresse aufgestülpt haben, um der Welt zu beweisen, daß hier ein Mann mit eigenem Willen und eigener Verantwortlichkeit um die Reichspräsident-schaft ringe, haben eher die Vorstellung von greisenhafter Eigenwilligkeit als den erwünschten Eindruck erzielt.

Damit ist aber auch schon im Wesentlichen das Interesse an den Vorgängen in Hannover erschöpft. Hindenburgs Rede selbst gilt der gesamten englischen Presse als eine Phrasen-jammlung, wie sie jeder Provinzialpolitiker der Rechten aus den Ueberschriften seines Leibblättchens sich zusammengereimt hätte; nur die Stelle, die sich auf die Schuldfrage be-zieht, wird als unmittelbar bedenklich empfunden. Die An-worten auf die schriftlichen Fragen des Reuter-Korre-spondenten werden naturgemäß nicht als Antworten, sondern als Ausflüchte betrachtet und kommentarlos weitergegeben. Man hat seine Meinung gebildet und würde sich selbst durch die loyalsten Bekenntnisse zur Republik und durch die pazifistische Rede keinen Augenblick mehr irremachen lassen. Die An-hängerschaft des Feldmarschalls spricht für das Ausland eine deutschere Sprache, als es Reden und Feststellungen irgendwie vermöchten.

Diese allgemeine Meinung über die Kandidatur Hindenburg, die sich in den letzten zwei Wochen ziemlich einheitlich herauskristallisiert hat, findet neuerdings in einem Artikel des viel gelesebenen Abendblattes „Star“ ihren klarsten Ausdruck. Diese Zeitung schreibt unter dem Titel „Der alte Krieger“ u. a.:

„Es gab einmal eine Zeit, wo das deutsche Volk goldene Ringe zum Zeichen seiner Verehrung für Hindenburg in eine kolossale Holzfigur einschlug — heute treiben die nationalistischen Parteien ihre Nägel in seinen Ruhm, um damit ihren eigenen Patriotismus zu dokumentieren. Die ganze Situation erinnert auf eine merkwürdige Art an die französische Präsidentschaftswahl im Jahre 1873. Damals . . . wählte die französische Kammer den Marschall Ma-c-Mahon, den Soldaten und weltbekanntesten Imperialisten, zum Prä-sidenten der Republik. Auch er erklärte seine Unabhängigkeit von Parteigesichtspunkten und fügte hinzu, daß er sich selbst als einen Wächterposten betrachte, dessen Aufgabe es ist, auf die Aufrecht-erhaltung unierer nationalen Souveränität zu achten. In derselben Art und Weise erklärt Hindenburg, daß seine Aufgabe darin bestehe, für Deutschland „einen Platz an der Sonne“ zu finden. Wir

Die Lage in Bulgarien.

Die offiziellen bulgarischen Nachrichtenstellen verbreiten Mel-dungen, wonach die in der Presse erschienenen Berichte über die Gewaltmaßnahmen der Behörden übertrieben seien. „Die bul-garischen Behörden — heißt es in einer Meldung der Berliner bul-garischen Gesandtschaft — vollziehen die Befehle mit aller Strenge, weil es sich um ein ungeheures Verbrechen gegen das Land handelt, aber sie begehen keine Gewalttaten und keine Willkür-akte. Wenn einzelne Erschießungen erfolgt sind, so ist das nur bei bewaffnetem Widerstand seitens der Verbrecher ge-schehen.“

Man wird sich gegenüber dieser Erklärung, die übrigens einem halben Geständnis gleichkommt, ebenso skeptisch verhalten müssen, wie gegenüber den Meldungen der offiziellen Telegraphenagentur aus Sofia, die neben Schauerberichten über Verschörungen und verglichenen Berichten über die Sitzung des Parlaments verbreitet, wonach sämtliche Parteien der Regierung ihr Vertrauen ausgedrückt hätten. Einen Wriston in dieses idyllische Bild, das von der Wirk-lichkeit weit entfernt ist, trägt freilich die offiziöse Agentur selbst durch den folgenden Passus hinein:

„Der Belagerungszustand, dem der König bereits zugestimmt hatte, wurde in erster Leitung von allen Parteien angenommen, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, die grund-sätzlich Gegner von Ausnahmemaßnahmen sind.“

Nicht minder charakteristisch ist folgende Wolff-Meldung aus Sofia:

„Das sozialdemokratische Blatt „Epa-ha“ wurde beschlag-nahmt, weil es eine scharfe Kritik am Innenminister Russel geübt hatte, der seinerzeit nicht die nötigen Maßnahmen ergriffen habe.“

Wenn schon eine derartige Kritik zur Konfiskation eines Blattes führt — wie muß es dann um die politische und bürgerliche Freiheit im Lande bestellt sein?

erinnern uns nur zu wohl, wie dann Mac Mahon später versucht hat, die Republik im Interesse der Militäristen und Royalisten zu unterminieren, und wie sich keineswegs davon überzeugt, daß Hindenburg, wenn er einmal gewählt ist, nicht denselben Weg gehen wird. Er hat niemals geglaubt, daß er ein Monarchist ist, und das ist die Drohung, die in seiner Kandidatur liegt. Es wird Wähler geben, die aus Protest gegen den Frieden von Versailles und gegen die Ruhrbesetzung für ihn stimmen, aber die Rückwirkung (wenn es zu seiner Wahl käme) wäre katastrophal. Amerika hat bereits die Gewährung von Krediten bis nach der Wahl eingestellt und in Frankreich würden die Nationalisten Poincaréscher Färbung in ihrer gefährlichen Haltung ermutigt. Wir können es verstehen, daß sich das deutsche Volk gegen ausländische Raubzüge wendet, die sich wie ein Diktat ausnehmen, aber wir wünschen den Deutschen im Namen der Demokratie und des Friedens zu sagen, daß die Wahl Hindenburgs ein bedenklicher Schritt wäre. Die Sprecher des deutschen Volkes sagen, daß Deutschland den Frieden wünscht; diejenigen, die es heftig meinen, sollen es bei der Wahl am Sonntag zeigen."

Gleichzeitig veröffentlicht der „Evening Standard“, eines der Blätter Lord Beaverbrook, einen „Hindenburg“ betitelten Artikel, in dem sich dieses meistgelesene Abendblatt Londons gegen jeden Versuch der Einmischung bei der Wahl durch Druck von außen wendet. Es ist möglich, daß die deutschen Reichskreise diesen Artikel für ihre Zwecke umdeuten. Wer die Haltung der Beaverbrook-Presse gegenüber Deutschland kennt, weiß, was damit gemeint ist: Man möge Deutschland doch nicht dabei stören, sich als Störenfried, als unverbesserlicher Friedensstörer durch die Wahl Hindenburgs selbst zu entlarven. Es sind hier, wie in Frankreich, die gleichen Kräfte, die im geheimen Hindenburg wünschen: die eigentlichen Deutschfeinde und Deutschhasser.

Severing warnt!

Für Marx, gegen Hindenburg und seinen Helfer Thälmann.

Breslau, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) In einer sozialdemokratischen Versammlung sprach gestern der preussische Innenminister Severing zur Reichspräsidentenwahl. Er erklärte die schlechte Wahlteilnahme im ersten Wahlgang als ein bedenkliches Symptom mangelnder politischer Reife des deutschen Volkes. Sächsisch sei die Reichspräsidentenwahl mindestens so wichtig wie eine Reichs- oder Landtagswahl, habe doch bei der Regierungsbildung der Reichspräsident größere Rechte als selbst der Reichstag, der den Reichstanzler nur stützt, aber nicht den neuen bestimmen könne. Die Deutschnationalen und Wäitischen hätten diese Bedeutung des Präsidentenpostens längst begriffen. Seit 1923 arbeiteten sie mit aller Kraft daran, an Eberts Stelle einen Mann aus ihren Reihen zu setzen. Hätte nicht in den Monaten der Bewirtung Ende 1923 Marx die damals besonders schwere Bürde des Konstanzer Abkommens und die Unterstützung der Verfassungspartei gewonnen, so hätte es vielleicht heute nicht so gut um die Republik. Severing gab dann einen Ueberblick über die übrigen Rechte des Reichspräsidenten und betonte besonders seine noch durch sein Ausführungsgeleit beschränkte Ausnahmegehalt auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung. Schon unter Ebert sei dieser Artikel sehr weitgehend angewandt worden, obgleich der sozialdemokratische Reichspräsident daran festgehalten hätte, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgehe und daher manche Ausnahmeverordnung mit mindestens einem nothwendigen Unterscheid.

Wie aber würde ein monarchistischer Katastroph mit Hilfe dieser Ausnahmerechte über Deutschland regieren?

Wenn Hindenburg heute wirklich noch im Besitz seiner Kräfte ist, dann dürfen wir mit um so größerem Recht sagen: Er ist auch voll verantwortlich für die Handlungen der Obersten Heeresleitung und mitverantwortlich für den Mangel an politischem Augenmaß, der uns um einen Verständigungsfrieden gebracht hat und dadurch das ganze Gland herausbeschor, das wir heute noch als Folge des verlorenen Krieges erdulden. Die Flugblätter der Gegner sprechen von Korruption und behaupten, daß erst die Republik solche Erscheinungen hervorgebracht habe. Die ersten Kriegsgewinner aber brachte schon das Jahr 1915. Die weitere Umwälzung der Vermögen beschwor dann die Inflation, den Ruhrkrieg und die Deflation herauf. Auch wir Sozialdemokraten haben an der Ruhr demonstrierten

wollen, daß wir militärische Gewalt nicht freiwillig erdulden. Aber von Anfang an warnten die sozialdemokratischen preussischen Minister die Regierung Cuno vor der Ausdehnung dieses Kampfes über eine solche Demonstration hinaus. Von Anfang an verlangten wir, daß auch die Herren auf ihren gesicherten Rittschim im Osten die Lasten dieses Kampfes mittragen sollten. Aber Staatsmänner wie Herr Cuno hofften, daß die Engländer uns die französischen Kasernen aus dem Feuer holen würden und ließen die Inflation ins Uferlose anschwellen.

Vor Wiederholung solchen Abenteuers uns zu schützen, dürfen wir einem Hindenburg die politische Führung nicht ausliefern.

Neue Inflation und damit notwendig auch neue Korruption wäre die sichere Folge des Nichttrauens des Auslandes auf Grund einer solchen Wahl. Hier liegen die wirklichen Gefahren für die Reinheit des öffentlichen Lebens.

Severing warnte dann noch einmal ausdrücklich vor dem System der unverantwortlichen Ratgeber, das unter Hindenburg schlimmer aufsteigen müßte als unter Wilhelm II. In der Kandidatenrede des alten Feldmarschalls, die ihm der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Spidernagel in die Hand drückte, heiße es: Hindenburg wolle seinen neuen Krieg. Als Militär dürfte er tatsächlich wissen, daß Deutschland auch einen Krieg gegen Polen heute überhaupt nicht führen könne, aber die ganze Denkwelt der Umgebung des Feldmarschalls würde uns automatisch an den Rand eines Krieges bringen, wenn sie Einfluß gewinnen wird, allein schon durch die Begünstigung der nationalistischen Bewegung. Darum nieder mit der Kandidatur Hindenburgs! (Stürmischer Beifall)

Marx wählten wir als aufrichtigen Verständigungspolitiker und als ehrlichen Herzensrepublikaner. Wir wählen ihn, weil wir Hindenburg nicht wählen wollen. (Erneuter stürmischer Beifall.)

Die anderen sind im Besitz der großen öffentlichen Meinungsfabriken, im Besitz der unehelich erworbenen Ruhrgelder. Sie kämpfen gegen uns grundsätzlich mit den gemeinsten Mitteln. Aus unserer Seite der Einmütigkeit und die Begeisterung für die große Sache, für die Republik, steht die stülpische Idee. Das wird uns helfen, auch die Lauen und Schwantenden aufzurütteln und die letzte Stimme für Marx herauszuholen.

Die Versammlung wurde zu einer gewaltigen Kundgebung für den Kandidaten der Republik, dessen Bild von Reichsbannerleuten im Saale angebracht war. Auch Severing selber wurde stürmisch gefeiert und von einer Fahnenabteilung des Reichsbanners eindrucksvoll begrüßt, die anschließend die republikanischen Farben ringsum im Saale aufpflanzte. Die Stimmung für den zweiten Wahlgang am kommenden Sonntag ist in der schlesischen Arbeiterschaft einheitlich geschlossen für Marx gegen Hindenburg und seinen Helfer Thälmann.

Kandidatenreden im Rundfunk.

Besondere Anlage für Hindenburg.

Amlich wird mitgeteilt:

Mit Genehmigung der Reichsregierung wird Hindenburg am Freitag, 8 Uhr abends, über den Rundfunksender Hannover und Dr. Marx am selben Tage 9 Uhr 30 Min. abends über den Rundfunksender Nürnberg eine kurze Wahlrede halten. Es soll der Versuch gemacht werden, durch Vermittlung von Fernsprecheinrichtungen die beiden Reden auch den übrigen deutschen Rundfunksendern zuzuführen und sie von dort aus weiter zu verbreiten.

Wie die Deutsche Reichspost hierzu feststellt, ist die bereits früher geplante Drahtverbindung zwischen allen Rundfunksendern noch nicht durchgeführt; es handelt sich also um einen Versuch auf vorhandenen Fernsprecheinrichtungen, die nicht besonders für eine derartige Uebertragung eingerichtet sind. Angenommen ist, daß die von Nürnberg ausgehende Rede im allgemeinen in den Sendebereichen Nürnberg, München, Stuttgart, Frankfurt (Main), Kassel, Leipzig und Dresden gehört wird, während die von Hannover ausgehende Rede in den Sendebereichen Hannover, Hamburg, Bremen, Münster, Berlin, Leipzig, Dresden und Breslau vernnehmbar sein wird. Ob die Rede Hindenburgs überall in Süddeutschland und die Rede von Marx in Norddeutschland gehört wird, ist nicht sicher.

Wie wir dazu noch erfahren, ist für Hindenburg in seiner Privatwohnung lediglich für diese Radiorede ein besonderes Apparat aufgestellt worden, der natürlich erhebliche Unkosten verursacht. Mit der Möglichkeit, daß Hindenburg nach Berlin käme und hier in den öffentlichen

Sender spräche, haben die Behörden gar nicht gerechnet. Für den 29. März wurden die Sender übrigens für Kandidatenreden gesperrt, und zwar auf Veranlassung des deutsch-nationalen Reichsinnenministers Schiele. Jetzt aber, da Schiele's Kandidat Hindenburg ist, wird unter großen Kosten ein besonderer Aufnahmeapparat in Hindenburgs Wohnung geschafft! Wobei gleichzeitig vermerkt sei, daß man dem Komunisten in den Kandidaten das Reden im Rundfunk verboten hat, trotz der Hilfe, die er für Hindenburg leistet!

Strefemann rüffelt sein Leiborgan.

Aus der „Zeit“ gegen die „Zeit“.

Die „Zeit“, das offizielle Organ der Volkspartei, sieht sich genötigt, an leitender Stelle eine Zuschrift Strefemanns zu veröffentlichen, die sich zunächst gegen einen Aufsatz von Müller-Jabusch im „Berliner Tageblatt“ wendet, dann aber fortfährt:

So wenig, wie ich es zu billigen vermag, wenn in der gestrigen Nummer der „Zeit“ in einer Gegenüberstellung der beiden Präsidentschaftskandidaten Herr Marx u. a. hingestellt wird als ein Mann, der lediglich die Arbeit durch die unverantwortlichen Sachminister hätte ausführen lassen, und so sehr ich es bedauere, daß anscheinend irgendeine der vielen Couloirgeschichten des Reichstages, wonach Herr Marx sich als zu alt für die Uebernahme des Reichstanzlerpostens hingestellt hätte, Aufnahme in die „Zeit“ gefunden hat, so sehr ist andererseits die Darstellung des Herrn Müller-Jabusch persönliche Berungeltung und Geschichtsklitterung einseitigster Art.

Arme „Zeit“! Erst war sie tagelang ganz verdattert und brachte nichts für Hindenburg als die offiziellen Wahlaufrufe. Endlich setzt sie sich in Schwung, aber kaum hat sie angefangen — Schwapps, da hat sie schon eine Nase vom Parteiführer! O, welche Luft, in diesen Tagen, volksparteilicher Redakteur zu sein!

Rotblaues Reichsblockwunder.

Ein Erlebnis.

Gestern abend fuhr ich nach Wittenberg, für Marx zu reden. Auf dem Weg zum Anhalter Bahnhof, Königgrüher Ecke Hedemannstraße, stand ein Mann und verteilte knallrote Flugblätter. Es waren die schon heute morgen hier erwähnten Blätter, auf denen die „Genossen“ beschworen werden, dem „Kulturreaktionär Marx“ ihre Stimmen zu verweigern.

Ich bleibe stehen und betrachte das rote Blatt kritisch. Der Verteiler, der mit gesundem Instinkt in mir eine vertrauenswürdige Persönlichkeit erkennt, kiffert mir zu: „Das ist für Hindenburg!“ Und wie er mein Erstaunen bemerkt, fährt er fort: „Ja, das ist bloß auf rotes Papier gedruckt für die Leute, die nur etwas Rotes haben wollen.“

Ich muß ziemlich aus den Wolken gefallen ausgesehen haben. Der Flugblattverteiler schien jedoch aus meinen Mienen ein Mißtrauen in die Richtigkeit seiner Bekundung zu lesen, das ihn trankte. Deshalb fuhr er fort: „Ja, Sie glauben das nicht, ich will es Ihnen aber beweisen. Da — da sollen Sie auch etwas Blaues haben!“

Bei diesen Worten griff er mit der linken Hand, während seine Rechte das rote Flugblattpaket umspannte, in die innere Rocktasche und überreichte mir die blau eingeschlagene Broschüre: „Warum Hindenburg?“ von A.“ (Stein-Kumpelstiltschen.)

Unwillkürlich erinnerte ich mich der berühmten Reichstagsitzung vom 29. August v. J. Damals hielten die Deutschnationalen in der linken Hand die roten Reich-Zettel und gaben mit der rechten Hand die weißen Ja-Zettel ab. Jetzt stehen sie auf der Straße und verteilen mit der rechten Hand rote „Genossen“-Flugblätter für die Arbeiter, mit der linken aber blaue Hindenburg-Traktätschen für die „Besseren Kreise“.

Mir bleibt nur noch übrig, dem wackeren Mann Ecke Königgrüher-Hedemannstraße öffentlich meinen Dank auszusprechen für das Vertrauen, das er mir entgegenbrachte. Es ehrt mich!
Friedrich Stampfer.

Gespräch über den Diktator.

Von Ferdinand Künzelmann.

Der Herr in der anderen Ecke am Fenster hatte gesagt, daß er fröde. So kam ein Gespräch in Gang, und er erzählte, daß er aus Spanien käme, wo er seit achtzehn Jahren wohnte, und daß er nach dieser langen Zeit jetzt zum erstenmal wieder in seine Heimat führe, in ein kleines Städtchen bei Tosen. Er sprach nicht ohne Mühe deutsch und mußte manchmal, wenn er sich ganz verständlich ausdrücken wollte, französische Brocken zur Hilfe nehmen.

Wir sprachen über das Wetter, über Spanien dies und das, ein wenig über seine Reise durch Frankreich, wo er in Lyon zu Einläufen Station gemacht hatte. Er sagte: „Die Stadt Herois, vous savez.“ Wir führten eine Stunde lang ein angenehmes Zeitverweilgespräch, das weder die Welttrüffel noch die politischen Probleme lösen wollte. Den politischen Problemen gingen wir vorsichtig aus dem Wege.

Das wurde anders, als auf einer Zwischenstation der große, starke Herr mit den drei Schmissen einstieg.

Als er uns halb französisch sprechen hörte, verfinsterte sich seine Miene, und er fragte den Polen und mich streng nach dem Woher und Wohin.

Der Pole, höflicher als ich gegen solche Zudringslichkeit, antwortete sehr verbindlich, daß er aus Spanien käme.

„Woher?“, fragte der Untersuchungsrichter.

„Aus Barcelona.“

Die hässliche Miene hellte sich ein wenig auf.

„Nicht wahr, es sind viele Deutsche in Barcelona?“

„Sehr viele.“

„Es ist vielleicht für das Auslandsdeutschtum in Europa die wichtigste Stadt“, berichtete der Mann mit den Schmissen das ganze Abteil. Wir werden Sorge tragen müssen, daß wir dort bald einen Stützpunkt in stichtentemischer Hinsicht haben. Ich meine: ehe es wieder losgeht. Von Barcelona aus muß es gegen die französische Südküste gehen.“

Zwei Damen mit wohlhabenden Pelzen strahlten Beifall.

Der Pole lächelte.

Der Schmissenführer fuhr fort: „Freilich ist Barcelona auch ein rechtes Anarchistennest. . . Nicht wahr? Werden noch immer Bomben geworfen wie früher?“

„Nein, das hat schon lange aufgehört.“

„Natürlich!“ rief der sympathische Blonde: „Natürlich, denn Spanien hat ja glücklicherweise eine Militärregierung, einen Diktator, der Ordnung gemacht hat.“ Er nickte den beiden Berlinerinnen, die ihn sichtlich heimlich anbeteten, zu und sagte: „Na, so Gott will, werden wir ja bald auch so weit sein!“ Dann wandte er sich wieder zu den friedenden Polen in der Firsterecke und sagte streng: „Nicht

wahr, er hat doch Ordnung gemacht, der General Pri. . . Wie heißt er doch gleich?“

„Primo di Rivera.“

„Ja, ja! Natürlich! Name lag mir auf der Zunge. . . Ist er tüchtig?“

Der Pole zuckte die Achseln: „Als er die Regierung übernahm, hat niemand ihn gekannt. . .“

„Und heute?“

„Seine großen Versprechungen wegen Marokko haben sich nicht erfüllt. . .“

„Marokko ist ein schwieriges Problem“, sagte der Schmissige, der ein wenig unsicher wurde: „Aber im Innern muß es doch besser geworden sein. . . Ich meine, er muß doch die alte Korruption aus der Welt geschafft haben.“

Der Pole sagte langsam und sehr bedächtig: „Uns im Lande scheint es so, als ob alles beim alten geblieben wäre, als ob sich nur andere an den gedeckten Tisch gesetzt hätten. . .“

„? ? ? ?“

Der Pole machte eine Bewegung des Geldzählens und sagte: „Wer etwas erreichen will, wer die Hilfe der Behörden braucht, muß immer noch zahlen. Gerade wie früher. Nur daß alles auch in dieser Beziehung teurer geworden ist. . . Die Herren Militärs schätzen sich eben höher ein als das Volk. . . Sie wissen doch: wenn ein Kaufmann seine Tochter an einen Leutnant verheiratet wollte, mußte er tief in den Geldbeutel greifen, um so tief, je prächtiger die Uniform war, die der Erwählte trug. . . Und die spanischen Uniformen sind sehr prächtig.“

Die beiden Damen aus Berlin waren empört, warfen Blide der Verachtung und zuckten die Achseln.

Der Herr Untersuchungsrichter, der eine ganz andere Antwort erwartet hatte, entfaltete verduht, um Zeit zu gewinnen, sehr geräuschvoll eine große Zeitung.

„Käme bei uns nicht vor“, sagte er endlich.

Der Pole zeigte auf den Namen des Feldmarschalls, der groß auf der ersten Seite der Zeitung prangte und sagte zu mir herüber: „Auf der Reise durch Frankreich habe ich keine Zeitung gesehen, die nicht das Bild Hindenburgs gebracht hätte.“

Die Damen schöpften neue Hoffnung, und der Anbeter der Diktatur fragte: „Nun, und was sagt man in Frankreich?“

Der Pole lächelte sein verbindlichstes Lächeln: „Man ist ein wenig erlaucht, daß Deutschland schon wieder zu einem militärischen Abenteuer Geld hat.“

Der schöne Mann mit den Schmissen sagte großartig: „Wir sehen die Dinge nicht nur vom Geldstandpunkte an.“

„Ich weiß!“, sagte der Pole: „Das dritte Wort des Herrn Primo di Rivera ist auch immer die Ehre, immer wieder die Ehre. . . Es ist nur schade, daß die Ehre der Militärs stets das Geld — der andern folgt.“

Darauf entdeckte der Herr Untersuchungsrichter, daß er in ein Nichttrauerabteil geraten war, und obwohl die beiden Damen sich beeilten zu versichern, daß sie ihm das Rauchen natürlich gern erlaubt hätten würden, zog er sich zurück.

Natürlich nicht, ohne die arme Tür fest ins Schloß geworfen zu haben.

Die Damen hüllten sich in düsteres Schweigen, der Pole lächelte und wandte das Gespräch wieder auf Granada, auf billiges und teures Leben in Hotels und Gasthöfen und von dem Diktator und seinem deutschen Anwalt war keine Rede mehr.

Jetzt gibt's Kloppe!

Studenten-Frik Kloppe, Bundesführer des „Bermolf“, erklärt einen Aufruf für Hindenburg.

Seine Kloppe öffnet Kloppe, und das deutsche Volk vernimmt: Unter Kloppe's Bermolf-Kloppe Wätsch ist sein Herz ergrimmt.

Ja, er spricht, auszusprechen, daß der Rechten Sieg ganz nah. Stumm die Gymnasialen staunen, denn der Mann lehrt Algebra.

„Mit den Wölfen muß man heulen“ — Sogt ein Sprichwort, alt und fein. Wölfe heulen selbst zuweilen, und das wird am Sonntag sein.

Teurer Bermolf-Kloppe, hoppe In den Wald zurück — und schnell! Denn am Sonntag gibt es Kloppe Auf das schwarzweißrote Fell!

Rich. von Lindenheiden.

Der Blutpreis. Mittellose Studenten der amerikanischen Universität Michigan sind in ihrer Notlage, um während ihres Studiums ihr Leben fristen zu können, auf die verzweifelte Idee verfallen, ihr Blut zu Transfusionszwecken zu verkaufen. Eine amtliche Statistik bezeugt, daß nicht weniger als 150 Studenten sich regelmäßig in den Krankenhäusern einfinden, um sich ihr Blut abzupfen zu lassen. Für dieses Blutopfer besteht ein fester Entlohnungsstarif. Für 300 Kubikzentimeter Blut, der geringsten Lieferungsmenge, wird ein Preis von 15 Dollar gezahlt. Für je weitere 100 Kubikzentimeter erhält der Betreffende, der sie sich abzupfen läßt, einen Zehnjahrespreis von je 5 Dollar.

Vollstühne. Die Uebersiedlung von Niebergall's Wölfe mit Helene „Datterich“ im Theater am Schauspiel am Freitag, beginnt bereits um 7 Uhr.

Das Weimarer Bauhaus in — Weimar. Das thüringische Staatsministerium hat die Absicht, das Bauhaus nach dem Fortzuge von Walter Gropius und seinen Mitarbeitern nicht eingehen zu lassen. Es ist ein Umbau geplant und zur Vertiefung der Arbeit ist Otto Baring, der Berliner Architekt, in Aussicht genommen.

Geschäfte der Landbundbank.

Ihre Fusion mit der Potsdamer Kreditbank.

Am Herbst vorigen Jahres wurde die Potsdamer Kreditbank durch Uebertragung der Aktienmehrheit an die Bank für Landwirtschaft, die dem Reichslandbund gehört, und auch die Beschaffung billigen Kredits an die Landwirtschaft aus öffentlichen Mitteln bezweckt, dieser Bank angegliedert.

Die Bank für Landwirtschaft ist nicht ein beliebiges Geschäft, sondern die offizielle Bank des Reichslandbundes. Das geht schon daraus hervor, daß der Landbundpräsident Graf Kalckreuth Aufsichtsratsvorsitzender, Freiherr v. Wangenheim sein Vertreter und fast alle führenden Landbündler von Gapp angefangen bis Richthofen und Hülfger tantienberechtigte Aufsichtsratsmitglieder sind. Gerüchte, die bei der Fusion über Schwierigkeiten der Potsdamer Kreditbank im Umlauf waren, fanden keine besondere Beachtung, und obwohl sich einige Kunden der Kreditbank in arger Bedrängnis befanden, wurde, offenbar geblendet von dem zugegenen Umstande war, das frühere Potsdamer Kreditinstitut hauptsächlich deswegen erworben, weil es der Landbundbank darauf ankam, mit Hilfe des Fiskus in die landwirtschaftlichen Kreise unmittelbar einzudringen und an die Landbevölkerung in den Kreisen heranzukommen.

Zweifellos hat die enge Gefinnungsgemeinschaft einiger führender Leute der Potsdamer Kreditbank mit den deutschnationalen Landbündlern das Ihre dazu beigetragen, den Fusionsplan zu fördern. Kurz nach der Verschmelzung, die auch die Uebernahme des Personals und der leitenden Direktoren bedeutete, stellten sich nun ziemlich kostspielige Zusammenbrüche von Werken, die bei der Potsdamer Kreditbank in der Kasse standen, ein. Die Chemischen Werke in Richendorf, die mit über 200 000 M. Debitoren der Kreditbank waren, brannten ab und gingen darauf in Konkurs. Bald darauf trat die Insolvenz der Bureaumöbelfabrik Bero in Trebbin ein, wobei die Rechtsnachfolgerin der Kreditbank über eine halbe Million einzubüßen hat. Nach diesen auf die Fusion folgenden unerfreulichen Ereignissen fiel es auf, daß die Generalversammlung im März d. J. die bisherigen Direktoren Gebhardt und Kreier aus ihrem Dienstverhältnis unter Subtilisierung eines Jahresgehalts entließ. In der vorigen Woche trennte sich die Bank auch noch von dem Profuristen Böse. Es wird behauptet, daß die Bank für Landwirtschaft, die ziemlich vertrauensvoll das Geschäft mit der Potsdamer Kreditbank einging, Regrehanprüche gegen die Direktoren geltend zu machen bereit ist. Anscheinend werden die eingetretenen Verluste, die als Erblasser der Kreditbank anzusehen sind, sich bei der Bank für Landwirtschaft nicht unwesentlich fühlbar machen und eine begriffliche Mißstimmung in den Kreisen der Aktionäre hervorrufen, zu denen dank der Landbundorganisation auch viele kleine Landwirte gehören.

Das Geschäftsgebeten der Kreditbank ist bereits Gegenstand behördlicher Nachprüfung gewesen und dabei hat sich herausgestellt, daß zeitweise die Effektenbestände im Berliner Treier für ausgelehene Gelder verpfändet waren, obwohl sie Kundeneigentum waren. Aus Aktionärkreisen der Bank für Landwirtschaft werden auch allerhand Fragen über die Zweckmäßigkeit und die Gründe des Erwerbs der Potsdamer Kreditbank angehört. Aufsehen dürfte immerhin die Tatsache erregen, daß ein früherer leitender Direktor der Kreditbank vor Gericht zeugeneidlich zugeben mußte, daß nicht nur die Profuristen Petrusch und Dr. Duge für Vertretung im Interesse der Bankfunden Vergütungen erhalten haben, sondern daß er selbst auch in mehreren Fällen dieser Art Vergütungen angemischt hat. Dieses System persönlicher Gewinnbeteiligung an den Banktransaktionen wird durch eine eithliche Aussage in petinlicher Weise gekennzeichnet. Social man hört, werden die nächsten Monate der Potsdamer Kreditbank nach mancherlei Nachprüfungen über die Geschäftsführung bringen.

Unverständlich und zugleich für die verantwortlichen Leiter der Landbundbank befallend ist der Umstand, daß man offenbar vor Uebernahme der Potsdamer Kreditbank die bei dieser schwebenden Kreditgeschäfte mit anderen Firmen nicht genügend nachgeprüft hat. Der Landbund hat offenbar Geld genug, um bei solchen Geschäften großzügig sein zu können. Die Leidtragenden sind natürlich die Landwirte, die in erhöhten Zinsen und Provisionen die Untkosten für so kostspielige Geschäfte zu tragen haben — wenn nicht Vater Staat mit der Eröffnung neuer glänzender Geschäftsmöglichkeiten, etwa durch die Gründung der Rentenbank-Kreditanstalt, in die Breche springt. Das ist dann echte deutschnationalen Geschäftspolitik!

Rückzug Poincarés.

Keine politische Debatte im Senat.

Die erhebliche Vertrauensmehrheit, die Poincaré in der Kammer errungen hat, scheint wie ein kalter Wasserstrahl auf die Opposition im Senat gewirkt zu haben, die gestern beschlossen hat, auf eine allgemeine politische Debatte zu verzichten. „Europa-Press“ meldet in diesem Zusammenhang aus Paris folgendes:

„Es wird nachträglich bekannt, daß auch Poincaré die Absicht hatte, die Regierung zu interpellieren, als er vernommen hatte, daß Caillaux in die Regierung eintritt werde. Daraufhin hat Poincaré besucht und ihm erklärt, daß er einem sozialistischen Abgeordneten gestatten würde, die Regierung über die Kriegsschuld Poincarés zu interpellieren, wenn Poincaré darauf bestünde, den Prozeß Caillaux im Senat wieder zur Sprache zu bringen. Vor dieser Drohung sei Poincaré zurückgewichen. Am folgenden Tage veröffentlichte die Agentur Havas ein Dementi, wonach Poincaré nie als die Absicht gehabt habe, die Regierung zu interpellieren.“

Wir geben dieses Gerücht zwar nur unter Vorbehalt wieder. Tatsache ist aber, daß die Ausherrschung Poincarés, die Berufung Caillaux sei eine Herausforderung des Senats, niemals widerrufen worden ist, und daß trotzdem Poincaré keinen Vorstoß gegen das neue Kabinett einzuweisen magt.

Die Wahl des Kammerpräsidenten vollzieht sich, im Gegensatz zu den sonstigen Abstimmungen, durch persönliche und geheime Stimmabgabe. Da die gesamte Opposition gegenüber der Kandidatur Herriots Stimmhaltung geübt hatte, war es möglich, die Namen und Parteizugehörigkeit derjenigen 266 Abgeordneten festzustellen, die ihre Stimme für Herriot abgegeben haben. Es waren 121 Radikale, 80 Sozialisten, 34 Briandisten, 26 Dinstroblale (Gruppe Doucheur), 4 Parteilose, 1 Dinstroblal. — 32 Abgeordnete waren entschuldigt abwesend, von denen 20 erklärten, daß sie für Herriot gestimmt hätten, wenn sie anwesend gewesen wären.

Es heißt, daß demnach Poincaré und Briand nach London fahren werden, um mit der englischen Regierung in Fühlung zu treten und insbesondere die Sicherheits- und Räumungsfrage zu erörtern.

Sowjetjustiz. (DE.) Die vor einiger Zeit erfolgte Entlassung einer Anzahl von Personen aus dem Kiewer Gefängnis, die wegen ihrer Zugehörigkeit zu dem sowjetfeindlichen „Aktionszentrum“ zu langen Haftstrafen verurteilt waren, ist auf Befehl des ukrainischen Justizkommissars Strypnit für ungültig erklärt worden, da Begnadigungen dieser Art nur auf Angehörige der „meritfähigen Schichten“ anwendbar seien. Die Begnadigten sind wieder im Gefängnis interniert worden, zu ihnen gehört u. a. der Professor Saitnow.

Große Kundgebungen des Volksblocks.

Am Sonnabend, den 25. April, abends 8 Uhr, veranstaltete das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold die letzte große Kundgebung im Sportplatz. Als Redner sind genannt: Reichsbanner a. D. Dr. Joseph Wirth, M. d. R., Frau Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer und Genosse Actur Crispian, M. d. R. Die Kundgebung wird von Musikvorzügen des Berliner Bläserorchesters umrahmt. Während der Kundgebung veranstaltet die Reichsbannerkapelle vor dem Sportplatz ein Standkonzert. Alle Teilnehmer an der Kundgebung werden gebeten, sich nach Möglichkeit an dem geschlossenen Aufmarsch der Reichsbannerkameradschaften zum Sportplatz zu beteiligen. Der Aufmarsch erfolgt um 6 Uhr vom Bahnhofs Zoo und um 8.30 Uhr vom Bülowplatz. Nach Schluß der Kundgebung findet ein gemeinsamer Demonstrationsszug aller Reichsbannerkameradschaften nach dem Berliner Westen statt. Alle Republikaner werden gebeten, sich an dieser letzten würdigen Massenkundgebung der Republikaner für Wilhelm Marx zu beteiligen.

Der Volksblock in Steglitz ruft alle Republikaner zu einer großen Kundgebung am Sonnabend, den 25. April, auf. Hierzu sammeln sich am Rathaus Pantow 6.15 Uhr abends die drei republikanischen Parteien aus Pantow unter Führung des Reichsbanners und einer Musikkapelle, um durch Südenbe nach dem Steglitzer Markt zu marschieren. Die Lichterfelder haben ihren Treffpunkt an der Weidenbaude ebenfalls 6.15 Uhr abends, marschieren den Hindenburg-Damm und die Schützenstraße

Federl des Volkes Freiheit! Flagg! Schwarz-Rot-Gold!

amfang, ebenfalls zum Steglitzer Markt, wo sie sich mit dem Reichsbanner und den Republikanern aus Steglitz um 7.15 Uhr treffen. Hier Ansprachen von Rednern der drei republikanischen Parteien. Dann folgt der Zug wieder in Bewegung, um unter Fahnen und Bannern die Hauptstraßen von Steglitz, Pantow und Lichterfelde zu durchziehen. Republikaner, Männer und Frauen, stellt euch an den Sammelpunkten ein. Bringt Bekannte mit, legt Schwarzrotgoldene Schleifen an! Die ganze Bevölkerung wird gebeten: Schwarzrotgoldene Fahnen heraus! (Fahnen sind zu haben im Zentralbureau, Kaiserhallen am Markt, von 6-7 Uhr; bei Hamburg, Schloßstraße 103; in Lichterfelde bei Alex Hirsch, Dahlemer Str. 77, und Hindenburg-Damm 59.)

Volkskundgebung für Marx in Caustow. Freitag, 24. April, 8 Uhr. Sprechen im Rantowener Realgymnasium in der Sandbühlstraße (nahe Bahnhofs Caustow) Dr. Braesemann (Sentrum), Dr. Lehmann (SPD), Minister a. D. Dr. Wendisch (DDP) über: Warum müssen wir Marx wählen? Der Volksblock ruft alle Republikaner auf, diese Kundgebung zahlreich zu besuchen.

Die Mieterschaft wählt Marx!

Zur Frage der Wahl eines neuen Reichspräsidenten hat der Reichsbund deutscher Mieter nicht offiziell Stellung genommen. Nach seiner Satzung ist er in parteipolitischer Hinsicht neutral und seine Mitglieder gehören verschiedenen Parteien an. Aber schon auf dem Mieterkongress im September 1922 forderte eine mit überwältigender Mehrheit angenommene Entschließung die grundsätzliche Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und politischen Parteien, soweit sie auf dem Boden der Mieterforderungen stehen. Angesichts des Versuchs der rechtsstehenden Parteien, durch die von ihnen ersetzte Wahl eines Hindenburg zum Reichspräsidenten den Karren der Reaktion in flottere Bewegung zu bringen, hält jetzt die Mieterschaft eine klare Stellungnahme auch zur Reichspräsidentenwahl für nötig. In der „Berliner Mieterzeitung“, dem Organ des Berliner Mieterbundes, der zum Reichsbund deutscher Mieter gehört, wird auf die Gefahren hingewiesen, die der Mieterschaft von den für Hindenburg eintretenden Parteien drohen. Die Parteien, die im Reichstage stets die mieterfeindlichen Anträge einbringen, die Deutschnationalen Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, sind im „Reichsbund“ vereint und möchten dem deutschen Volk einen Hindenburg als Reichspräsidenten aufzwingen. Die „Berliner Mieterzeitung“ betont demgegenüber die „Pflicht und Schamhaftigkeit, den Mietern zu sagen, daß sie im Interesse eines sozialen Fortschritts im Wohnungswesen nur dem Kandidaten Dr. Marx am 26. April ihre Stimme geben dürfen, um alles zu tun, die Wahl des Reichsbundkandidaten unbedingt zu verhindern.“

Ein ahnungsvoller Engel.

Unter den vielen schwarzweißroten Flaggen, die gegenwärtig die Fahnen „besserer“ Häuser zieren, befindet sich eine besonders zeitgemäße in der Scharrenstraße zu Charlottenburg. Sie trägt außer dem nationalsozialistischen Fahnen auch einen langwehenden schwarzen Trauerflor. Der Mann, der diese Flagge hiebt, beweist jedenfalls einen besseren politischen Fernsicht als die Führer seiner Partei.

Die Leiter auf dem Gleis.

Dummerjungenstreik oder Anschlag auf einen Vorortzug.

Ein eigenartiges Hindernis überfuhr gestern Abend in der Dunkelheit kurz vor 9 Uhr der Vorortzug 383 der Vellen-Kremmener Bahn, der von Vellen her nach Berlin kam. Am Kilometerstein 8,6, in der Nähe des Haltepunktes Eichhornstraße zwischen Tegel und Wittenau gab es plötzlich einen großen Knack, ohne daß jedoch der Zug merklich erschüttert wurde. Der Zugführer machte auf der nächsten Station Meldung. Man suchte die Straße ab und fand an der bezeichneten Stelle eine zertrümmerte drei Meter lange hölzerne Leiter, die der Eisenbahnverwaltung gehört. Es ist eine Leiter, wie sie von Arbeitern beim Nachlegen der Telegraphen- und Telephonleitungen benutzt werden. Ob sie von dummen Jungen quer über die Schienen gelegt worden war, oder ob ein Anschlag auf den Zug beabsichtigt war, ist noch Gegenstand der Untersuchung. Wenn es sich um ein wenig widerstandsfähige hölzerne Leiter handelte, so hätte doch unter Umständen großes Unheil entstehen können. Mit den weiteren Ermittlungen sind die Kriminalpolizei des Reviers 202 und Reinholdsdorf und die Streifenbeamenschaft des Polizeipräsidiums beauftragt. Beide nehmen Mitteilungen zur Aufklärung entgegen.

Berlin bekommt sein Fremdenbureau.

Heute morgen hat endlich der Stadtoverordnetenentschuss die Magistratsvorlage über die Errichtung eines Berliner Fremdenbureaus angenommen. Dem Beschluß des Ausschusses ging eine einstündige Debatte mit den Deutschnationalen voraus, die mit den lächerlichsten Argumenten — wie gewöhnlich — gegen das Bureau angingen. Ein Volksparteiler konnte ihnen mit Recht vorhalten, daß ihr Benehmen an die Bürger von Rinslerwalde erinnere, die keine Eisenbahn nach ihrem friedlichen Städtchen haben wollten, damit nicht sozial schlechte Leute zu ihnen kämen. Zum Schutz der Hoteliers vor der drohenden Sozialisierung brachten sie einen Antrag ein, der den Tätigkeitsbereich des Fremdenbureaus ganz überflüssig einschränken sollte. Sie

hatten aber damit kein Glück. Ihr Antrag wurde abgelehnt und die Vorlage gegen die deutschnationalen Stimmen angenommen. Sie soll am nächsten Donnerstag als einer der ersten Punkte erledigt werden. Man hofft, dann doch die Einrichtung des Fremdenverkehrs-bureaus, die durch diese Widerstände so lange hinausgeschoben wurde, noch Anfang Mai vornehmen zu können.

Die Wähler für Marx!

In Johannishof sprach Gen. Landtagsabgeordneter Otto Raier vor einer gubeleschten Versammlung. Innen- und außenpolitisch ist es von großer Wichtigkeit, einen aufrechten Republikaner zu wählen. Einen solchen Mann glaubt unsere Partei in Wilhelm Marx gefunden zu haben, der durch seine frühere Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter bewiesen hat, daß er dieses Vertrauen verdient. Die deutsche Arbeiterschaft hat die Pflicht, die Weimarer Verfassung zu schützen, unter der sich nur der Kampf um bessere Lebensbedingungen durchsetzen kann. Unser Kampf geht vor allem um die Erhaltung der Republik. Am Sonntag müssen wir sagen für Wilhelm Marx und für Schwarz-Rot-Gold. Reichler Beifall lohnte den Redner. Herr Rühri von der Demokratischen Partei unterstützte in der Diskussion die Ausführungen des Referenten. Mit einem begeisterten Hoch auf die Republik wurde die Versammlung geschlossen.

Der überaus starke Besuch von der 38. Abteilung Charlottenburg im Rommensen-Gymnasium, Borniser Straße, veranlaßte die Wählerversammlung bewies wieder das ungemein große Interesse für den republikanischen Kandidaten. Für die Sozialdemokratische Partei sprach zunächst Genosse Fallenberg, der dem Kandidaten der Weimarer Koalitionsparteien, Wilhelm Marx, der für Demokratie und Völkervereinigung eintritt, die unmögliche Kandidatur Hindenburgs gegenüberstellte. Eine kritische Betrachtung der letzteren ergab ihre ungeheuren Nachteile. Daß sich die deutschen Männer und Frauen gegen die drohende Gefahr durch Stimmabgabe für unseren Kandidaten wehren werden, zeigte der andauernde und gewaltige Beifall, der die Worte des Referenten begleitete. Danach empfahl als Vertreterin der Demokratischen Partei Elisabeth Bröner in einer eindrucksvollen Rede den Frauen besonders, für den Republikaner Wilhelm Marx zu stimmen. Stürmischer Beifall dankte der Rednerin. Mit einem jubelnden Hoch auf die Republik schloß die ausgezeichnete Versammlung.

Genosse Reimann sprach bei Behrendt in der Mantuffelstraße vor dichtgefüllter Versammlung. Hier hatten sich eine größere Anzahl Kommunisten eingeschunden, die den Redner sehr oft durch Zwischenrufe unterbrachen. Genosse Reimann ging, ohne auszuweichen, ausführlich auf die schädliche Spaltungspolitik der Kommunisten ein. Die Kandidatur Thälmann sei völlig aussichtslos und unterstütze indirekt den einflussreichsten Monarchisten Hindenburg. Er sei überzeugt, daß viele einsichtige kommunistische Arbeiter dies klarer als ihre verantwortlichen Führer erkennen und am 26. April dem Kandidaten der Republik ihre Stimme geben würden. Unsere Lösung ist: Wilhelm Marx muß liegen. (Sehr starker Beifall.) In der Diskussion, in der mehrere Kommunisten sprachen, ging es zeitweise recht stürmisch her.

In Strausberg fand am gestrigen Tage eine imposante Kundgebung des Volksblocks statt. Unter dem stärksten Beifall der Zuhörer referierte Genosse Semper sowie der Vertreter der Demokratischen Partei, Brand. Die vorzüglich verkaufte Versammlung, die mit einem begeisterten Hoch auf die Republik schloß, wurde dann von den anwesenden Kommunisten, die sich bisher ruhig verhalten hatten, zum Schluß einer üblen wilden Schlägerei gemacht. Mit hochgehobenen Stühlen stürzten sie sich auf die Republikaner, benutzten auch die Stühle als Wurfgeschosse durch den Saal. Die zunächst verbüßten Republikaner gingen dann in gemeinsamer Front zur Abwehr über und konnten die Kommunisten zurückdrängen. Was den Kommunisten am Besten abgeht, versuchen sie mit den Fäusten zu erleben. Das sollte jedem Arbeiter ein Knosporn sein, um sich für den Kandidaten des Volksblocks mit allem Eifer einzusetzen.

Eine Frage und eine Antwort.

In der gestrigen öffentlichen Wählerversammlung der 43. Abteilung ereignete sich ein erhellender Zwischenfall. Vier kommunistische Diskussionsredner hatten sich — freilich ohne jeden Erfolg bei den Anwesenden — um den Nachweis bemüht, daß das Eintreten der Sozialdemokraten für Marx im zweiten Wahlgang ein „Verrat an der proletarischen Einheitsfront“ sei, als ihnen der Referent, Genosse Kuttner, im Schlußwort folgende unerwartete Frage stellte: „Ja oder nein — hätten Ihr kommunistischen Euren aussichtslosen Thälmann zurückgezogen und für Otto Braun gestimmt, wenn wir Brauns Kandidatur auch für den zweiten Wahlgang aufrechterhalten hätten? Hättet Ihr Parole für denselben Otto Braun ausgegeben, den die kommunistische Fraktion des Preussischen Landtags zweimal im Bunde mit den Deutschnationalen als Ministerpräsidenten gestürzt hat?“ — Darauf lange Geschrei bei den Kommunisten, verlegenes Schweigen und schließlich ein stammelndes „Nein“, das von der Versammlung mit stürmischem Geschrei quittiert wurde. Die Einheitsapostel waren erkannt.

Der moralische Staatsanwalt. Die Staatsanwaltschaft hat große Sorge, auf daß wir durch alle möglichen Hakenkreuzungen in Runt, Literatur und Politik fälschlich gebogen werden. Damit alle Ungehörigkeiten sel, wenn Hindenburg durchs Brandenburg Tor einzieht, schickt sie gestern, was sie auch schon in Rittau und Leipzig tat, drei Kriminalbeamte in den verdächtig freileitend gestimmten „Gottschalk-Verlag“, durchwühlt dort und in der Privatwohnung des Geschäftsführers alle Räume und läßt zum Schluß 147 Exemplare des lustigen Buches „Jad, der Aufschlicher“ von Althaus beschlagnahmen. Nun gibt es wieder mal einen fideles Unfittlichkeitsprozeß, denn Aufschlicher — das gehört sich nicht.

Der Verfall von schwarzrotgoldenen Fahnen findet auch in der Bornwärterspedition Charlottenburg, Seseheimer Str. 1, statt. „Autoschleber.“ Zu diesen Ausführungen in Nr. 173 teilt uns der darin genannte Herr Steffen Müller folgendes mit: Es ist unwar, daß ich Direktor des wegen Autoschiebung verfolgten Rennfahrers Hein von Behn war. Ich bin auch nie sein Protarist gewesen, habe ferner mit der kaufmännischen Zeitung nichts zu tun gehabt. Ich war lediglich vom 10. Januar bis 28. Februar 1925 als technischer Leiter bei der Firma Apel u. Co. angestellt; mit den Autoschiebungen der Firma Apel u. Co. habe ich nichts zu tun. Ich heiße nicht Sally Selig, sondern Steffen Müller. Ich bin weder geflüchtet, noch habe ich jemals für die Firma Apel u. Co. oder v. Behn Wechsel geflüchtet.

Von der Landung des „Los Angeles“.

Das Zeppelin-Luftschiff „Los Angeles“ wurde im Besitze einer großen Menschenmenge noch längerem Kreuzen über den Bermudasinseln beim Morgenrauschen sicher veranfert. Das Schiff war bereits in der Dunkelheit eingetroffen. Das Kommando hielt es aber für besser, erst den Tag abzuwarten und dann die Verankerung vorzunehmen. Alles ist bisher glatt verlaufen. In einem Punkt sprach an sich ehurt wird erklärt, daß das Luftschiff sicher an der „Batola“ verankert sei, es werde voraussichtlich am Tagende wieder sicher in Loschurt sein. Die Fahrt bis Bermudas dauerte elf Stunden zweiunddreißig Minuten.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

10. Wk. Freitag, abds. 8 Uhr, Zusammenkunft aller Funktionäre und Mitglieder zur Erörterung der Wahlberechtigung der Berliner, Prenzlauer Str. 3.
11. Wk. Freitag, 1/2 Uhr, Gesprächsabend in den bekannten Cafés.
12. Wk. Samstag, 10 Uhr, die für die amnestische Volksblockversammlung findet nicht statt.
Jugendkassen. Die für die amnestische Volksblockversammlung findet nicht statt.
Jugendkassen. Die für die amnestische Volksblockversammlung findet nicht statt.
Jugendkassen. Die für die amnestische Volksblockversammlung findet nicht statt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Berliner Gemeindegewerkschaften 1924.

Ein Jahr der Festigung und des Wiederaufstiegs.

Der kürzlich erschienene Jahresbericht für 1924 der Berliner Fikale des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter legt Zeugnis ab von der Tätigkeit einer Arbeiterorganisation, die, wie kaum eine andere, unter den Inflationsercheinungen zu leiden hatte. Was im Vorwort von der deutschen Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen gesagt wird, findet man bei der Durchsicht des entsprechenden Bandes auch für den Gemeindegewerkschaftsverband im besonderen bestätigt. Die Abbaumaßnahmen in Reich, Staat und Gemeinde haben dem Verbande starke Mitgliederverluste gebracht; allein bei der Straßenbahn wurden bei der Umstellung in die G. m. b. H. von 13000 Beschäftigten nur 2600 wieder eingestellt. Sämtliche Funktionäre und 7000 Mitglieder lagen auf der Straße. Die fast vollständige Auflösung der staatlichen Versorgungs- und Krankenanstalten, die vom Kriege her noch bestanden, der Abbau in den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken, im Gesundheitswesen (?), in den Kammereibetrieben, bei den Gütern der Stadt Berlin und in fast allen Betrieben, wo städtische und staatliche Arbeiter beschäftigt werden, hat in erster Linie immer die Arbeiter getroffen. Der Personalbestand ist teilweise unter den Stand von 1914 herabgesetzt worden.

Der Mitgliederbestand ging infolgedessen von 31000 am Anfang des Jahres bis auf 20000 zurück, hat sich aber vom 3. Quartal wieder in so erfreulicher Weise gehoben, daß im Dezember rund 23000 gezählt werden konnten. Diese Aufwärtsbewegung stellt der Werbestaff des Verbandes und der Werbestaff der ehrenamtlichen und beamteten Funktionäre ein um so besseres Zeugnis aus, als erfahrungsgemäß Gemeindegewerkschaften, die aus den Diensten der Stadt ausscheiden, für den Verband meist verloren sind. Die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wirkt sich auch in der Arbeitslosigkeit der Verbandsmitglieder aus. Von 8 Proz. ist die Zahl im Laufe des Jahres auf 2 Proz. gesunken.

Die Beiträge sind nach einem Beschlusse des Beirates auf den 50. Teil des Wochenlohnes festgelegt worden; seit dem 1. März ist die Arbeitslosenunterstützung und seit April die Krankenunterstützung, die außer Kraft gesetzt waren, wieder eingeführt worden. Alle Versuche der Organisation, für die Staatsarbeiter einen Rubelohn und eine Hinterbliebenenversicherung zu schaffen, scheiterten an dem Widerstand der Reichsregierung.

Einen großen Raum im Bericht nehmen die durch die Verwaltungsaufsicht der städtischen Betriebe veranlaßten Gegenmaßnahmen des Verbandes ein. Die Organisation hat gegen die Umwandlung dieser Betriebe in Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder in Aktiengesellschaften von Anfang an scharfen Protest erhoben und die Befürchtungen, die wegen einer Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses der Arbeitnehmer begehrt wurden, waren auch zum größten Teil zutreffend. Die Arbeiter wurden nicht mehr als städtische Arbeiter betrachtet, die Mantel- und Lohnkartei außer Kraft gesetzt und die Rubelohnbestimmungen beseitigt.

Die Betriebsräte und ihre Zusammenfassung in Gesamtbetriebsräte der einzelnen Werke waren ein oft heiß umstrittenes Kampfbild zwischen dem Magistrat und dem Verband. Besonders das Bestehen des Gesamtbetriebsrates bei den Gaswerken wurde von der Direktion angefochten und die gesetzliche Voraussetzung dafür bestritten. Hier, wie auch bei den Wasserwerken, gelang es, den alten Zustand zu erhalten.

In den einzelnen Sparten des Verbandes ist eine umfangreiche gewerkschaftliche Arbeit geleistet worden. Der Ansturm der kommunalen und staatlichen Arbeitgeber richtete sich besonders gegen den Pfandkündentag, der auch in vielen Fällen aufgegeben werden mußte. Hierbei war eine Wechselwirkung zwischen Privatindustrie und gewerkschaftlichen Arbeitgebern zu bemerken. Für die Verwaltungsarbeiter in Preußen blieb die achtstündige Arbeitszeit bestehen, weil der Einfluß der sozialdemokratischen Minister im Kabinett den reaktionären Ansturm abwehren konnte. Die 16000 Kammereibetriebe der Stadt Berlin haben ebenfalls noch den Achtstundentag.

Das Berichtsjahr stand im Zeichen des Neuabschlusses von Manteltarifverträgen. Die Kammereibetriebe, die Güterarbeiter, die Arbeiter in den städtischen Forsten, die Elektrizitätswerte, die Gas- und Wasserwerke und noch eine Anzahl anderer Betriebe erhielten durch Verhandlungen, die sich oft recht schwierig gestalteten, neue Arbeitsbedingungen. Die Lohnverhältnisse der der Döbit des Verbandes unterstehenden Arbeiter sind in 30 einzelnen Lohnverträgen festgelegt, die im Laufe des Jahres durchschnittlich jeden zweiten Monat verändert wurden. Gegenüber den gesteigerten Kosten für die Lebenshaltung betragen die ersten, nach der Geldstabilisierung festgelegten Goldlöhne nur etwa 35 bis 40 Proz. des Vorkriegseinkommens. Der Bericht bezeichnet den Gesamterfolg der Lohnpolitik des Verbandes als günstig; es ist gelungen, die Löhne im Laufe des Jahres um 80 bis 100 Proz. der Vorkriegslöhne zu heben, was nur der guten Schlagkraft der Organisation zuzuschreiben ist.

Die Wunden, die die Inflation schlug, sind zum größten Teil vernarbt, der Mitgliederbestand, die Kassenverhältnisse verbessern sich ständig.

Endlich eine „Gewerkschaft“ für Hindenburg.

In entsprechender großer Aufmachung veröffentlicht die „Rote Fahne“ den Inhalt eines Flugblattes der Zeitung der Jobststelle Hindenburg a. M. des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeuliers. In dem Flugblatt wird im Widerspruch zu dem Aufruf der drei freigewerkschaftlichen Spitzenverbände aufgefordert, gegen den republikanischen Kandidaten des Volksblocks und für die Hilfskandidatur des Reichsblocks zu stimmen.

Hierzu ist zu bemerken, daß der erste Bevollmächtigte der Ortsverwaltung, der allein das Flugblatt unterzeichnet hat, Mitglied der SPD. und ein noch junger Mann ist. Die Mitglieder der Jobststelle sind darüber nie gefragt worden und, das erwarten wir von ihnen, werden dem selbstherrlichen Schleppentrieger Hindenburg die Antwort nicht schuldig bleiben. Wenn aber die SPD. weiter nichts aufweisen kann als den Aufruf eines kommunistischen Gewerkschaftsbundes aus einer mittleren Provinzstadt, dann steht die Sache Hindenburgs schlecht.

Seendete Lohnbewegung in den Brauereien.

Wie bereits mitgeteilt, hatte eine Funktionärkonferenz der Brauereiarbeiter einen Lohnschiebspruch zur nochmaligen Verhandlung mit den Arbeitgebern an die Lohnkommission zurückverwiesen, weil die Geltungsdauer zu lang und die Spanne zwischen den Lohngruppen zu groß war. In neuen Besprechungen wurde eine Erhöhung der Zulage für die Ungelernten um 50 Pf. erreicht, der Ablauftermin aber mit dem 30. September befristet. Eine Funktionärkonferenz nahm gestern das abgeänderte Lohnabkommen an. Die neuen Wochenlöhne betragen nunmehr für Ungelernte 36,50 M., für das Jahrgesamte 38 M. und für Gelehrte 43 M. Die Nachzahlung der neuen Löhne erfolgt ab 2. April.

Freigewerkschaftlich organisierte Angestellte!

Im Anschluß an den Aufruf, den wir gemeinsam mit dem Ortsausschuß des DGB am 12. April veröffentlicht haben, machen wir, veranlaßt durch zahlreiche Anfragen, nochmals darauf aufmerksam, daß in den in Betracht kommenden Körperschaften unseres Ortsstellens unter Zustimmung der Vertreter der Berliner AFZ-Gewerkschaften einmütig die würdige Form der Raftundgebung, die Arbeitsruhe,

beschlossen worden ist. Alle Berliner AFZ-Funktionäre haben sich in Verbindung mit ihren Gewerkschaften mit allen Kräften für die Durchführung dieses Beschlusses einzusetzen, damit eine eindrucksvolle Demonstration der Arbeiter und Angestellten Berlins zustande kommt.

Die gemeinsame Veranstaltung aller Berliner AFZ-Gewerkschaften findet am 1. Mai, vormittags 10 Uhr, im großen Saal des Lehrervereinshauses am Alexanderplatz statt, unter Mitwirkung von Gertrud Ensselt (Reinhardt-Bühnen), dem Berliner Sängerkorps und Dr. Rudolf Breitscheid, der die Festrede halten wird.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Berlin.
Platau. Reichelt.

Sie werden endlich munter.

Das sogenannte „oppositionelle Betriebsrätekomitee“, das in Ermangelung eines Besseren kommunistische „Gewerkschaftspolitik“ zu machen hat, schickt uns, datiert vom 22. April, einen Aufruf, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Nachdem wir also schon vor Wochen Aufrufe der Sozialistischen und der Gewerkschaftsinternationale, des DGB, und des AFZ-Bundes, schließlich der freigewerkschaftlichen Ortsausschüsse veröffentlichten, nachdem die einzelnen Organisationen fast alle ihre Beschlüsse dementsprechend bereits gefaßt haben, machen auch die Kommunisten acht Tage vor dem 1. Mai auf. Wir möchten ihnen, wohl gerührt zu haben. Da sie sich aber inzwischen bereits zur Ruhe begeben haben — mehr als die Annahme einer Resolution kann man solchen „Revolutionären“ nicht zumuten —, möchten wir ihnen gleichzeitig eine gute Nacht

Landarbeiter und Arbeitslosenversicherung.

Der Deutsche Landarbeiterverband vertritt im Gegensatz zu den landwirtschaftlichen Arbeitgebern wie der christlichen und geben Landarbeiterverbewegung die Auffassung, daß in die kommende Arbeitslosenversicherung auch die in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer einzubeziehen sind. Daß dieser Standpunkt eine andere als nur agitatorische Bedeutung hat, geht aus einem Beschlusse hervor, den kürzlich die Mitglieder des Verwaltungsausschusses vom Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein faßten. Der Beschlusse lautet:

„Die Mängel in der heutigen Erwerbslosenfürsorge, die allgemein bekannt und als solche anerkannt sind, machen die schnelle Umwandlung des zurzeit bestehenden Systems der Erwerbslosenfürsorge in eine Arbeitslosenversicherung erforderlich. In die Arbeitslosenversicherung sind besonders auch die in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer einzubeziehen, um auch diesen einen Anspruch auf Fürsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit zu sichern.“

Wir würden es begrüßen, wenn auch die Verwaltungsausschüsse der anderen Landesarbeitsämter sich mit der Frage der Arbeitslosenversicherung beschäftigen und ihre Auffassung hierzu in ähnlicher Weise zum Ausdruck bringen würden.

Unlautere Geschäftspraktiken.

Zu der, unter der obigen Überschrift von uns gebrachten Notiz haben wir berichtend mitzuteilen, daß die von uns gerügten Geschäftspraktiken, soweit die Firma Jahn und das Café Jahn und der Dessauer Garten in Frage kommt, nicht zutreffen. Die dort faßierten 10 Proz. werden an die Angestellten abgeführt. Dagegen bleiben unsere Ausführungen in bezug auf die Firma Wiesner voll und ganz bestehen und wird uns mitgeteilt, daß der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, gegen diese Pädlerin bereits Strafantrag gestellt hat.

Lohnschiebspruch für die Seeschiffswerften.

Hamburg, 23. April. (WTA.) In den Verhandlungen zwischen der norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes der deutschen Metallindustriellen (Abteilung Seeschiffswerften) und dem Deutschen Metallarbeiterverband (Bezirk Hamburg) wurde gestern abend von der Hamburger Schlichterkammer ein Schiedsspruch gefaßt, der für alle Nord- und Ostseeflässe, mit Ausnahme von Hamburg, folgende Lohnhöherungen vorseht: Gelehrte Arbeiter 4 Pf., angelernte Arbeiter 3 Pf. und ungelernete 2 Pf. die Stunde. Die entsprechenden Erhöhungen für Hamburg betragen 5, 4 und 3 Pf. Jugendliche erhalten in allen Ortsklassen für die unteren drei Gruppen 1 Pf., für die übrigen Gruppen 2 Pf. und ausgelehrte Jugendliche 4 Pf. mehr die Stunde. Der Schiedsspruch, für den die Erklärungsfrist am 28. April abläuft, würde vom Beginn der Lohnmache ab gelten, in die der 4. Mai fällt. Sollten wesentliche wirtschaftliche Veränderungen eintreten — die Entscheidung darüber liegt bei der Schlichtungskammer —, so kann eine Nachprüfung der Lohnregelung bis frühestens 1. August beantragt werden.

Wirtschaft

Sowjetrußland und der Privathandel.

Die russischen Kommunisten haben ihre Einstellung gegenüber dem Privatkapital wiederholt geändert, so geändert, daß — stünde nicht die ganze kommunistische Bewegung in ständiger Abhängigkeit von Moskau — die Kritik an ihrer Wirtschaftspolitik im eigenen Lager nicht verstummen würde. Die Bolschewiki sind längst davon abgekommen, in ihrer Parteistatistik ein ausreichendes Mittel der Wirtschaftspolitik zu erblicken. Aber das Tempo der wirtschaftlichen Vernunft in ihrem neuen staatskapitalistischen Wirtschaftssystem ist noch immer so zaghaft, daß die Zerstörungskräfte, die das Regime der Bolschewiki bedrohen, noch rascher zu wachsen scheinen als die Versuche seit etwa 2 Jahren, ihr staatskapitalistisches Experiment durch Anwendung staatskaufmännischer Methoden zu konsolidieren. Allerdings fehlt es nicht an Diskussionen, Resolutionen und Dekreten. Aber in der Durchführung wird so viel unterlassen, daß das, was wirklich und erfolgreich geschieht, zu wenig ist gegenüber dem, was versäumt oder erfolglos versucht wird. Das ist um so mehr zu bedauern, als es durchweg im Interesse der westeuropäischen Arbeiterschaft liegt, daß die russische Wirtschaft erstarkt und die Kräfte für den internationalen Wirtschaftsaustausch fruchtbar gemacht werden, die in Rußland auf ihre Mobilisierung warten.

Rum wird aus Moskau gemeldet, daß der Rat für Arbeit und Landesverteidigung am 31. März d. J. beschlossen hat, der Betätigung des Privathandels in Sowjetrußland Erleichterungen zu gewähren. Der private Handel soll Erleichterungen erhalten in den Verkaufsbedingungen, zu denen er seine Waren von den staatlichen Produktionsbetrieben kaufen kann und in der Besteuerung seiner Geschäftstätigkeit. Vor allem soll die Verpflichtung zur sofortigen Barzahlung fallen und ein Zahlungsziel gewährt werden. Ueber die zu gewährenden Steuererleichterungen ist noch nichts Näheres bekannt. Fast man nur die Aufhebung der Barzahlungsklausel ins Auge, so ist das Ergebnis klar. Sie bedeutet die Einführung des privaten Waren- und Handelsverkehrs in Sowjetrußland und damit den Einbau des privaten Waren- und Handelskredits überhaupt in das notwendige Kreditgebäude der russischen Wirtschaft, das bisher fast ausschließlich einen Kredit- und Zahlungsungleichgewicht zwischen den staatlichen Produktions- und Genossenschaftsbetrieben darstellt. Keine moderne Volkswirtschaft, auch nicht die staatskapitalistische, kann ohne Waren- und Handelskredit existieren. Wenn aber einmal der privatkapitalistische Handel zugelassen werden muß, so ist der private Waren- und Handelsverkehr die einzig mögliche Form des Kreditverkehrs.

Dennoch aber ist die Maßnahme nur eine halbe und darum fast gefährlicher als ihre Unterlassung. Als halbe Maßnahme betrachte ich die russischen Staatsleute zunächst doch so, als wenn sie eine ganze und zureichende wäre. Man unterläßt also das, was dann schon hätte geschehen sein müssen, wenn das Experiment mißlingt. Und das ist leider sicher. Wenn es nämlich richtig ist, wie gemeldet wird, daß die russische Regierung die Genossenschaften bei den Lieferungs- und Verkaufsbedingungen der Staatsindustrie noch nie vor stark benutzten will vor dem Privathandel, so wird es keinen privatkapitalistischen Unternehmer geben, der in das aussichtslose Konkurrenzgeschäft mit den Genossenschaften Geld hineinstecken wird. Gerade die Zufuhr von privatem Handelskapital aber scheint der einzige Zweck der russischen Regierungsmäßnahme zu sein, weil es sowohl dem Staat als den Genossenschaften und den staatlichen Unternehmungen an jenem Kapital absolut fehlt, das zur Ausdehnung des Absatzes der russischen Staatsindustrie und zu ihrer Finanzierung notwendig ist. Durch die Halbheit ihrer Maßnahmen verstopft sich also die russische Regierung den Weg, auf dem sie das ausländische Kapital ins Land führen will, von dem sie mit Recht annimmt, daß es den russischen Inlandsmarkt stärken wird.

Dabei hat Rußland durchaus keinen vernünftigen Grund, so zu verfahren. Genossenschaften sind nun einmal auch für ein staatskapitalistisches System wertlos, wenn sie teurer arbeiten als privatkapitalistische Unternehmer und wenn man sie durch Staatszuschüsse am Leben erhalten muß. Darin liegt im Grunde durchaus keine andere Methode als die der privatkapitalistischen Unternehmer und Agrarier, die durch Schutzzölle und ähnliches den arbeitenden Massen das Leben verteuern. Darüber hilft auch die schönste rote Fahne mit dem Sowjetstern nicht hinweg.

Die wirtschaftliche Vernunft der russischen Regierung zeigt also auch in dieser neuen Maßnahme jenen Widerspruch zwischen Worten und Taten, der sie in allen wirtschaftlichen Maßnahmen bisher ausgezeichnet hat. Allerdings kann das so lange nicht anders werden, als den Entschlüssen der russischen Regierung die Rücksicht auf ihre weltrevolutionäre propagandistische Vergangenheit und die Personalunion ihrer verantwortlichen Staatsleute mit der Komintern bei jedem Schritt wie ein Klotz am Bein hängt.

Ford in Frankreich. Ford hat bei Paris ein großes Gelände an der Seine angekauft zwecks Erbauung einer Automobilfabrik, die pro Tag 150 Automobile herstellen soll.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Gehrman; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Glaser; Redaktion: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glade; sämtlich in Berlin. Berlin: Betriebs-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Verlags-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW, 6, Lindenstraße 3.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 — Tel. Plötzberg 9831
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel · Ausführung sämtl. Reparaturen · Preiswerte, gediegene Arbeit ·

Damentaschen-Fabrik
Katonienstr. 109/110, m. Bf. 10,95
Echt Saffian 9,50
Kauf Einzelverkauf!
Lederwarenfabrik Meigel
Friedrichstr. 86, zwisch. Reichpl. u. Ritterstr.

Berliner Uik-Trio
Neukölln, Labustr. 74/75 L

Handwerker, Techniker Kaufleute!
Lernrussisch!
Sprechen, Handelskorrespondenz, literar. Ausdruckform
Russisches Institut
der
Fischer'schen Vorbereitungsanstalt
W 57, Zietenstr. 22
Lützow 1921
Am Nollendorfplatz
Honorarermäßigung für Gewerkschaftsmitglieder

Restaurant Gewerkschaftshaus
Engelstr. 25 Fernsprecher: Moritzplatz 11 507 Engelstr. 25

Bekanntgabe der Wahlergebnisse durch Rundfunk

2 Kapellen · · · · · Gesangseinlagen
Anerkannt gute Küche zu kleinen Preisen
Ausschank von Schultheiß-Patzenhofer-Bier

Besonders wirksam sind die **KLEINEN ANZEIGEN** in der Gesamtaufgabe des „Vorwärts“ und trotzdem **billig!**

Altes Spezialgeschäft
in
Kamelhaarschlafhelfer
Denen
Erstklassigen Strümpfen
Friesen
billig! Tagesesp.
Gebrüder Pflaume
Berlin SW
Friedrichstr. 205
Ecke Zimmerstr.

Bad Schmiedeberg
Bez. Halle — Bahn Wittenberg-Eilenburg

Eisenmoorbad glänzend bewahrt bei Gicht, Rheumatismus, Ischias, Vollständig renoviert, Frauenleiden usw.
Kurzzeit März-Okt. Herrl. Waldgeog. Sommerfr. Touristenort. Kornhaus mit Kongresssaal. Preis 75 Pf. inkl. Kassenverw.

In 1/2 Stunde werden Sie von der so lästigen **Wanzen-Plage** befreit.
nicht Brut befreit bei Gebrauch und richtiger Anwendung meines als unübertroffen anerkannten Spezialmittels. Preis 1. — M. Gegen Schwaben, Russen, Franzosen und Flöhe etc. Motten nicht Brut helfen nur meins als unübertroffen anerkanntes Spezialmittel in Schachtel 1. — M.
Spezial-Mittel gegen Kalkbisse, Kammerflöhe, Mücken, Flöhe etc. Preis 1. — M.
Spezial-Mittel gegen Blutausstrich, Blauschwarz, Obstschaden, etc. Preis 1. — M.
Spezial-Mittel gegen Kalkbisse, Kammerflöhe, Mücken, Flöhe etc. Preis 1. — M.
Nur allein echt bei Arth. Mothes, Berlin R. 31, Swinemünder Str. 41